

Bremen, 5.6.2017

Pressemitteilung: SCHULE FÜR ALLE statt der Ausgrenzung vom Bildungssystem

Neues Gesetz und Bremer Praxis verhindern Bildungszugang für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Der Flüchtlingsrat Bremen und die GEW kritisieren die Ausgrenzung hunderter junger Flüchtlinge aus Bremer Schulen. Trotz bestehender Schulpflicht und Bildungsanspruch dürfen die 6 bis 18 Jährigen nicht unmittelbar zur Schule gehen. Sie werden stattdessen monatelang in eigenen „Willkommensklassen“ oder von „Hauslehrern“ in den Flüchtlingsunterkünften betreut. Weitere Kinder stehen wochen- und monatelang auf Wartelisten für Schulplätze. Wir kritisieren diese langfristige Des-Integration auf das Schärfste.

Während sich im Schuljahr 2015/2016 die Nichtbeschulung noch mit hohen Zugangszahlen erklären ließ, ist im nun endenden Schuljahr eine Verstetigung der Ungleichbehandlung und Ausgrenzung vom Bremer Bildungssystem für geflüchtete Kinder zu konstatieren. Es sind zeitnah umfassende Strukturinvestitionen notwendig, um fehlenden Schul- und Vorkursplätzen sowie Personalmangel entgegenzuwirken und so die Ungleichbehandlung geflüchteter Kinder und ihre Ausgrenzung vom Bildungssystem zu verhindern.

Laut Bildungsbehörde werden aktuell knapp 100 schulpflichtige Kinder und Jugendliche z.B. in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Lindenstraße und in der Notunterkunft in der Falkenstraße nur zwei Stunden täglich von einem Hauslehrer betreut. In Bremerhaven betreut die AWO über 20 Willkommensklassen für nicht-ingeschulte Kinder. Dabei gilt die Schulpflicht in Bremen ab dem ersten Tag – der daraus resultierende Bildungsanspruch besteht auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Eine Schulanmeldung, so die gängige Praxis, erfolgt jedoch erst nach Auszug aus den Erstaufnahmen.

Diese Provisorien dürfen sich nicht verstetigen. Vielmehr ist doch der schnellstmögliche Übergang in die Regelschule notwendig.

„Diese Praxis ist ein gleich mehrfacher Rechtsverstoß“, stellt Marc Millies vom Flüchtlingsrat Bremen mit Bezug auf EU- Gesetze und das Landesschulgesetz fest.

Die Bremer Bildungsbehörde hält diese exkludierende Vorgehensweise jedoch für „pädagogisch sinnvoll“ und nennt sie eine „temporäre“ Lösung. Gleichzeitig gesteht die Behörde jedoch ein, dass die maximale Verweildauer von drei Monaten in den Erstunterkünften regelmäßig überschritten wird.

Das am 2. Juni diesen Jahres vom Bundesrat gebilligte neue [Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht](#) ermöglicht zukünftig, Flüchtlingsfamilien bis zu zwei Jahre in Erstaufnahmeeinrichtungen, wie z.B. in Bremen-Vegesack, unterzubringen. Gemäß der aktuellen Praxis würde das eine langfristige Ausgrenzung vom Bildungssystem bedeuten.

Es gibt in Bremen ein erprobtes teilintegratives Modell, demnach die geflüchteten Kinder parallel zum Regelunterricht an Sprachlernklassen (Vorkurse) in den Schulen teilnehmen. Dies wird sowohl dem Bedarf an Sprachunterricht, dem Anspruch an ein optimales Lernumfeld als auch einer Integration von Beginn an gerecht. „Dieses Modell muss ausgebaut und personell und finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden“, so Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher der GEW. „Das ist notwendig, damit geflüchtete Kinder und Jugendliche die begonnenen Bildungswege weiterführen oder abschließen oder eine Ausbildung oder ein Studium beginnen können.“

Konkret lauten unsere Forderungen an die Bremer Landesregierung:

* Die Schulpflicht bzw. das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung muss ab dem ersten Tag, spätestens zwei Wochen nach Ankunft der Geflüchteten, umgesetzt werden.

* Es müssen unverzüglich ausreichende Regelschulplätze für neu zugezogene schulpflichtige Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden und dafür geeignete strukturelle und personelle Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das teilintegrative Modell soll regelhaft und bedarfsgerecht etabliert werden.

*Es müssen bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachpersonal geschaffen werden.

Infos unter: www.kampagne-schule-fuer-alle.de / www.facebook.com/Schulefueralle/

Hintergrund: „[Recherche zur Bildungssituation von Flüchtlingen in Deutschland](#)“.